

Pressemitteilung



Bremen, den 20.03.2012

SPD begrüßt Vorschlag des Senats für eine Waffenkontrollgebühr

SPD begrüßt Vorschlag des Senats für eine Waffenkontrollgebühr

Am 23. Februar hat die Bremische Bürgerschaft auf Initiative der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Senat aufgefordert, orts- beziehungsweise landesrechtliche Regelungen zur Einführung einer Waffenbesitzsteuer zu prüfen und der Bürgerschaft über das Ergebnis der Prüfung zu berichten. Nach Abschluss der rechtlichen und wirtschaftlichen Prüfung wird vorgeschlagen, anstelle einer Waffenbesitzsteuer für die Stadtgemeinde Bremen eine Waffenkontrollgebühr in Höhe von bis zu 150 Euro pro jährlicher Kontrolle einzuführen. Hierzu erklärt der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe:

„Wir wollen die Waffenbesitzer zur Finanzierung unseres Gemeinwesens, insbesondere für die von Ihnen verursachten Kosten des notwendigen Verwaltungsaufwandes der Waffenbehörde heranziehen. Dieses Ziel wird durch die Einführung einer einheitlichen Kontrollgebühr erreicht. Ab sofort finden regelmäßige, jährliche Kontrollen statt.“ Damit hat Bremen die schärfsten Waffenkontrollen der Bundesrepublik. Die Kosten hierfür werden durch die Verursacher getragen.

„Bei den bisherigen Kontrollen wurde in vier von fünf Fällen festgestellt, dass die Waffen nicht vorschriftsmäßig aufbewahrt wurden. Das ist völlig inakzeptabel und zeigt, wie wichtig und notwendig eine schärfere Kontrolle ist. Eine jährliche Überprüfung wird hier sicher Wirkung zeigen. Klar ist: Waffenbesitzer haben als Eigentümer derart gefährlicher Gegenstände eine enorme Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft. Auch wenn wir als SPD für unsere Initiative in den letzten Wochen wiederholt massiv angefeindet wurden, sage ich noch einmal ganz deutlich: Die Amokläufe von Winnenden und Erfurt wären nicht möglich gewesen, wenn großkalibrige Waffen im Privatbesitz verboten bzw. die Waffen den Vorschriften entsprechend aufbewahrt worden wären.“

Tschöpe kündigt an, dass die SPD im weiteren Verfahren auch noch einmal die Frage prüfen wird, ob die bislang geltenden Sanktionen, die im Falle eines Verstoßes gegen die Aufbewahrungsvorschriften greifen, ausreichend sind. Darüber hinaus erwartet die SPD, dass der Senat entsprechend des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft vom 23. Februar, sich weiterhin auch auf Bundesebene für eine Reform des Waffengesetzes einsetzt. „Die baden-württembergische Landesregierung hat jüngst angekündigt, dass sie eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel eines Verbots von großkalibrigen Waffen für den privaten Besitz und die private Nutzung auf den Weg bringen will. Ich gehe davon aus, dass Bremen diese Initiative aktiv unterstützt.“

V.i.S.d.P.: André Städler

Tel.: 0421-3367735 - E-Mail: spd-fraktion@spd-bremen.de